

NIEDERSCHRIFT JFSKA/017/2009

über die Sitzung **des Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschusses der Stadt Billerbeck** am 25.06.2009 im **Kultursaal der Alten Landwirtschaftsschule**.

Stellvertretende Vorsitzende:

Frau Margarete Köhler

Ausschussmitglieder:

Herr Günther Fehmer
Vertretung für Frau
Birgit Schulze Wierling,
ohne Spielplatzberei-
sung

Herr Ludger Kleideiter
Vertretung für Frau
Stephanie Weitkamp,
ohne Spielplatzberei-
sung

Herr Bernhard Kortmann
Herr Franz-Josef Schulze
Thier

Herr Hans-Joachim Spengler
Vertretung für Frau
Gabriele Mönning, oh-
ne Spielplatzbereisung

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Bernadette Nattler
Herr Karl-Heinz Handwerk
ohne Spielplatzberei-
sung

Herr Thomas Walbaum

Sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Frau Nicola Ebel
ohne Spielplatzberei-
sung

Vortragender Gast:

Herr Martin Althoff
zu TOP 1. ö. S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Herr Jürgen Erfmann
nur zur Spielplatzbe-
reisung

Herr Hubertus Messing
ohne Spielplatzberei-
sung

Herr Gerd Mollenhauer
Herr Martin Struffert
ohne Spielplatzberei-
sung

Herr Martin Böing
ohne Spielplatzberei-

Frau Birgit Freickmann
sung
Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Die stellv. Ausschussvorsitzende Frau Köhler stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Ebel beantragt, den TOP 3: „Bericht über die aufsuchende Jugendarbeit“ als ersten Tagesordnungspunkt zu behandeln. Der CDU-Antrag zum Aufbau einer Ordnungspartnerschaft befasse sich ebenfalls mit der Jugendarbeit und deshalb wolle sie erst den Bericht über die aufsuchende Jugendarbeit hören.

Dem Antrag der Frau Ebel wird einstimmig zugestimmt.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht über die aufsuchende Jugendarbeit

Herr Böing berichtet über seine Arbeit, die er seit einem Jahr für die Stadt Billerbeck als Streetworker leistet. Der Bericht ist als Anlage 1 dieser Niederschrift beigelegt.

Herr Fehmer führt an, dass doch immer versucht werde, gewisse Verbesserungen und Erfolge zu erzielen und erkundigt sich, ob das im Bereich der Jugendarbeit überhaupt machbar und messbar ist.

Es sei schwierig, Erfolge direkt nachzuweisen, so Herr Böing. Eine Möglichkeit sei, über Fragebogen Trends im Empfinden der jungen Leute nachzuweisen. Viele Sachen, die sich geändert haben, erfahre er erst in Gesprächen mit den Jugendlichen.

Herr Fehmer spricht die seitens der CDU-Fraktion als wichtig angesehene Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft an, leider habe Herr Böing in diesem Bereich keinen Schwerpunkt gesetzt.

Herr Böing führt aus, dass das Havixbecker Modell für die jungen Leute eine Möglichkeit sei sich zu qualifizieren. Mit Herrn Niermann von der Werbegemeinschaft habe er einen runden Tisch besprochen, sei aber zunächst geblockt worden. Er wisse aber aus einer Nachbargemeinde, dass ein solches Projekt 6 Jahre dauern könne, bis ein Erfolg erzielt werde.

Herr Handwerk erkundigt sich, warum und durch wen er geblockt worden sei.

Herr Böing teilt mit, dass er seine Hilfe beim Herstellen des Kontaktes zu regionalen Unternehmen angeboten habe. Die Schulen hätten aber die Hilfe mit dem Hinweis nicht angenommen, dass sie das alleine regeln würden und bereits alles vorhanden sei.

Herr Handwerk sieht einen wesentlichen Punkt in der Arbeit des Streetworkers darin, die Jugendlichen für eine Arbeit zu gewinnen. Denn wer einen Ausbildungsplatz habe, hätte nachts keine Zeit zum Feiern. Im Übrigen sollte sich Herr Böing durch die Schulleitungen nicht zurückschrecken lassen und beharrlich bleiben.

Frau Ebel hält es für verfrüht, bereits nach einem Jahr nach Erfolgen zu fragen. Das Allerwichtigste sei, Vertrauen zu gewinnen und in dieser Hinsicht könne Herr Böing schon beachtliche Erfolge aufweisen.

Herr Walbaum merkt an, dass bei der Frage nach Erfolgen zuerst geklärt werden müsse, welche Ziele gesetzt wurden. Er entnehme dem Bericht des Herrn Böing aber durchaus, dass Erfolge erzielt wurden. Den jungen Leuten müssten realistische Ziele gesetzt werden. Und wenn Herr Böing es schaffe, Kontakte zwischen den Billerbecker Betrieben und den Jugendlichen herzustellen, sollte er sich nicht von den Schulen abschrecken lassen. Er habe das Gefühl, dass die Schulen ihn als Konkurrenten sehen.

Frau Dirks betont, dass Herr Böing aufgezeigt habe, dass nicht alle Jugendlichen, die sich auf Billerbecks Straßen aufhalten, Problemkinder sind.

2. Antrag der CDU Fraktion vom 24. November 2008 hier: Aufbau einer Ordnungspartnerschaft

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Martin Althoff vom Verein Interkulturelle Begegnungsprojekte (IBP) anwesend.

Herr Althoff führt aus, dass die Stör- bzw. Vandalismusfälle in Billerbeck stark von einer subjektiven Bewertung abhängen. Lt. Polizeistatistik resultiere daraus allein keiner oder nur geringer Handlungsbedarf. Aus der Perspektive der Geschädigten sehe das sicherlich anders aus, erst recht wenn diese wiederholt Ziel eines Angriffes geworden sind. Er vermute, dass die Lösung des Problems in der Erarbeitung eines Mittelweges liege. Eine adäquate Bewertung sei ohnehin schwierig, wenn nicht gleichzeitig ein Untersuchungsprojekt angesetzt werde. Grundsätzlich bedürfe es einer eingehenden Analyse in welcher Form dem Phänomen begegnet werden kann. Es wäre nicht gut, es zu vernachlässigen oder gänzlich zu ignorieren.

Bei seinen Nachforschungen nach den Ursachen für wiederholte Vandalismusschäden in Billerbeck und den Schädigern habe er zuerst nicht nur an Jugendliche gedacht, es könnten auch übermütige alkoholisierte Spätheimkehrer sein oder eigens zugereiste Personen. Er wolle sich je-

denfalls nicht dazu hinreißen lassen, den Fokus auf eine bestimmte Zielgruppe zu lenken. Den Vorschlag einer Ordnungspartnerschaft halte er für gut.

Vor dem Einsatz eines Stadtwächters oder Kümmerers müssten zunächst die Voraussetzungen und Ziele festgelegt werden, damit die Aufgabe adäquat erfüllt werden kann. Dann müssten Einsatzzeiten und –orte festgelegt werden. Aus seiner Sicht dürfte kein polizeilicher Ersatz oder schwarze Sheriffs eingesetzt werden. Der Einsatz von Sicherheitsdiensten sei sicherlich bei großen Veranstaltungen sinnvoll, werde aber kaum dazu führen, Vandalismus in Billerbeck zu verhindern. Helfen würde dagegen eine erhöhte Präsenz im Stadtbild. Diese Präsenz müsste zu den Zeiten erfolgen, in denen Menschen geneigt sind, Dummheiten zu begehen, die ihnen vielleicht sogar am nächsten Tag leid tun. Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen liege in einem funktionierenden Kooperationsnetz, auch mit der Jugendarbeit. Es gehe auf der einen Seite darum, Grenzen zu setzen, aber auf der anderen Seite auch darum, gleichzeitig die Hand zu reichen und Beziehungen aufzubauen.

An Herrn Handwerk gewandt weist Herr Althoff darauf hin, dass Arbeit allein noch nicht zu einem besseren Benehmen führe. Das Problem müsse ganzheitlich gesehen und auch ganzheitlich gelöst werden. Der Einsatz eines Stadtwächters könne ein Teil davon sein. Dabei könne der Stadtwächter nicht den Auftrag haben, die Leute weg zu fangen. Ein Stadtwächter müsse für alle erkennbar sein und auch tagsüber im Stadtbild präsent sein, damit den Bürgern klar werde, dass dieser helfe und Gutes tue für Billerbeck. Es müsse signalisiert werden, dass Vandalismus nicht akzeptiert wird und Schäden reguliert werden müssen. Letztlich benötige ein solches Projekt Zeit bis es in der Öffentlichkeit bekannt ist und schließlich akzeptiert wird.

Die zentrale Botschaft müsse lauten, dass die Schädiger dazu gehören und etwas getan werden soll, damit sie anders mit ihrem Umfeld umgehen.

Zu den Kosten führt Herr Althoff aus, dass er kein komplettes Kostenkorsett entwickelt habe. Hier werde entschieden was gewollt ist. Er benötige eine Analyse, zu welchen Zeiten und wie häufig ein Stadtwächter eingesetzt werden soll. Für 10.000,- €/Jahr könnte ein Stadtwächter 85 Stunden im Monat im Einsatz sein. Dem Stundensatz liege der Tarif für das Sicherheitsgewerbe zugrunde. In früheren Gesprächen habe er eine potentielle Förderung aus dem Bundesprogramm Jobperspektive ins Spiel gebracht. Dieses Projekt gebe es noch, sei aber leider aufgrund der Konjunkturkrise gedeckelt worden.

Herr Althoff schlägt abschließend vor, zuerst den Rahmen einer Ordnungspartnerschaft zu untersuchen und dann Details festzulegen.

Herr Schulze Thier merkt an, dass sich die Vorträge des Herrn Böing und Herrn Althoff ergänzten. Herr Böing habe die Aufgabe, Vertrauen zu den Jugendlichen aufzubauen, bewusst ohne Grenzen zu setzen. In dem zweiten Schritt, den Herr Althoff aufgezeigt habe, würden bewusst Grenzen gesetzt.

Herr Handwerk ist wie Herr Schulze Thier der Meinung, dass eine Verknüpfung verschiedener Ansatzpunkte und damit ein Netzwerk angestrebt werden sollte.

Herr Walbaum weist Herrn Althoff darauf hin, dass er nichts darüber gesagt habe, welche der vom IBP betreuten Personen für den Einsatz als Stadtwächter in Frage kommen, welche Ausbildung hierfür erforderlich ist und welches Fingerspitzengefühl sie mitbringen müssen. Außerdem sehe der CDU-Fraktionsantrag vor, dass der Mitarbeiter für die offene Jugendarbeit in die Netzwerkarbeit einbezogen werden soll. Er glaube aber, dass das von Herrn Böing aufgebaute zarte Pflänzchen zerstört wird, wenn jemand wie ein Kalfaktor durch die Stadt laufe.

Herr Althoff entgegnet, dass er nie von einem Kalfaktor gesprochen habe und das auch nicht der Ansatz des Projektes sei. Vielmehr gehe es darum, Präsenz an bestimmten Orten zu zeigen. Gewalt u. a. seien immer heimliche Phänomene. Durch die Herstellung von Öffentlichkeit könnte dem entgegen gewirkt werden. Dem Einsatz eines schwarzen Sheriffs würde er nie zustimmen. Auch gehe es nicht darum, dass IBP-Mitarbeiter die Arbeit von Herrn Böing übernehmen sollen. Wenn es zu einem gemeinsamen Projekt komme, werde er sich Gedanken machen, wer ausgebildet werden könne. Die Klientel dafür sei beim IBP vorhanden.

Herr Fehmer macht deutlich, dass der CDU-Antrag zum Aufbau einer Ordnungspartnerschaft eine Ergänzung zu dem heute bereits Vorhandenen sein soll, auch zu der Jugendarbeit durch Herrn Böing. Er könne sich Herrn Althoff voll anschließen, dass Schädiger erfahren müssen, dass sie mit Konsequenzen zu rechnen haben. Er wolle aber wissen, ob es sinnvoll ist, eine Person oder besser zwei Personen einzusetzen.

Herr Althoff antwortet, dass auf jeden Fall zwei Personen eingesetzt werden sollten, damit die Stadtwächter nicht selbst Ziel möglicher Gewalt werden. Geeignete Personen würden vom IBP ausgebildet, dabei würde ihnen vermittelt, dass sie durch ihre Anwesenheit präventiv wirken sollen, aber nicht den Auftrag haben, etwas zu verhindern.

Frau Ebel bezeichnet den CDU-Antrag als hochgefährlich. Sie wolle keine schwarzen Sheriffs. Für die Jugendlichen sei das aber ein Signal in diese Richtung. Vandalismus müsse man ernst nehmen. Jetzt werde aber über etwas diskutiert, wofür es noch keine Analyse gebe. Diese müsse zunächst sensibel erstellt werden. Öffentlichkeit könne man auch durch die Bürger herstellen. Sie sollten ermutigt werden, bei entsprechenden Beobachtungen anzurufen. Ein solches Netz wäre engmaschiger als ein oder zwei Stadtwächter. Die Jugendlichen würden Stadtwächter als Druck empfinden und Druck erzeuge bekanntlich Gegendruck.

Herr Spengler informiert, dass lt. Polizei-Statistik 2/3 der Vandalismusschäden von Erwachsenen verursacht werden. Im Übrigen betreue der IBP nach seinem Kenntnisstand Personen aus der Alkohol- und Drogenszene. Diese Personen sollten im Hinblick auf den Selbstschutz nicht als

Stadtwächter eingesetzt werden.

Herr Kortmann kann sich eine Zusammenarbeit mit dem IBP gut vorstellen. Es gehe um Prävention im Sinne einer guten Seele für die Stadt. Gemeinsam sollte ein Konzept erarbeitet werden.

Herr Walbaum stellt heraus, dass keine Ordnungspartnerschaft mit den Jugendlichen angedacht sei, diese beziehe sich auf die Polizei und das Ordnungsamt. Es gebe aber auch den Weg, den Herr Böing aufgezeigt habe. Er glaube, dass Herr Böing es sogar besser schaffe, Vandalismus einzuschränken.

Herr Kleideiter stellt heraus, dass Präsenz von Dritten diejenigen hemme, die etwas anstellen wollen. Herr Althoff habe deutlich gesagt, dass die Personen nicht eingreifen sollen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die Polizei eine Ordnungspartnerschaft abgelehnt habe. Nichts desto trotz gebe es eine informelle Ordnungspartnerschaft und die Zusammenarbeit klappe hervorragend. Die Gefahr bei der jetzigen Diskussion bestehe darin, dass der Eindruck erweckt werde, Billerbeck wäre eine Stadt mit einem ernsthaften Vandalismusproblem. Dabei sei das Problem hier nicht mehr oder weniger vorhanden als in anderen Städten auch. Sie glaube nicht, dass eine Präsenz von IBP-Mitarbeitern zum Erfolg führen werde. Das Stadtgebiet sei groß. Der runde Tisch gegen Gewalt habe gemeinsame Streifen der Polizei und des Ordnungsamtes und zudem den Einsatz von Sicherheitsdiensten bei großen Veranstaltungen vereinbart. Damit habe man gute Erfahrungen gemacht. Vandalismus könne man nicht verhindern, ohne einzuschreiten. Man könne nicht daneben stehen und zusehen. Außerdem sei der Selbstschutz der Stadtwächter zu beachten. Wenn man jemanden auf die Straße schicke, müsse das nach Mitternacht geschehen, weil dann unter Alkoholeinfluss Unsinn gemacht werde. Damit müsste ein Stadtwächter dann fertig werden. Seitens der Polizei seien deutliche Bedenken geäußert worden. Die Polizei habe ihr davon abgeraten, Mitarbeiter, die zwar eine bestimmte Qualifikation haben auf die Straße zu schicken. Dennoch könne man sich über eine Konzeption mit einem Stadtwächter unterhalten, nur müsse man überlegen, was damit erreicht werde.

Herr Messing erläutert, dass Mitarbeiter des Ordnungsamtes nachts vor Ort seien. Es gebe bestimmte Grenzen. Bei bestimmten Veranstaltungen müssten Sicherheitsdienste eingesetzt werden. Allein mit einer Präsenz von Mitarbeitern des IBP sei es nicht getan, im Notfall und bei einer Straftat sei ein Einschreiten erforderlich. Sicherlich werde auch eine gewisse Präsenz etwas bringen, das könne aber nur ein Baustein sein. Diese Abgrenzung müsse klar herausgearbeitet werden. Ihm sei noch nicht klar, wie weit die Mitarbeiter des IBP tatsächlich Personen ansprechen.

Selbstverständlich würden die IBP-Mitarbeiter nicht nur beobachten und gar nichts sagen, so Herr Althoff. Er habe darauf hingewiesen, dass die Mitarbeiter in der Öffentlichkeit bekannt werden müssten und deshalb auch tagsüber sichtbar sein müssten. Dazu gehöre auch, dass sie mit

den Bürgern reden.

Außerdem macht er deutlich, dass dies kein Auftrag wäre, wovon der IBP profitieren könne, denn er könne keinen Erfolg garantieren. Er rate dazu, zunächst eine Analyse zu erstellen.

Frau Nattler sieht in einem Stadtwächter einen zusätzlichen Baustein. Es wäre gut, wenn neben Herrn Böing jemand, der keine Uniform trägt, präsent ist und sich darum kümmert, dass keine Vandalismusschäden passieren. Der Erstellung einer Analyse könne sie gut zustimmen.

Herr Schulze Thier stellt heraus, dass man in Billerbeck froh sein könne, den IBP zu haben. Dieser habe sich mittlerweile einen guten Ruf verschafft, jeder wisse die gute Arbeit zu schätzen. Wenn IBP-Mitarbeiter als Stadtwächter eingesetzt würden, würde dies sicherlich auch positiv gesehen.

Herr Spengler betont, dass er die Arbeit des IBP ebenfalls sehr schätze. Er befürchte aber, dass IBP-Mitarbeiter, die als Stadtwächter eingesetzt werden, kaputt gemacht werden. Es könne doch nicht sein, dass diese Personen, die sozial wieder eingegliedert werden sollen, helfen sollen gegen Vandalismus vorzugehen.

Im Übrigen gebe es keine Ordnungspartnerschaft, weil die Polizei diese nicht als notwendig ansehe. Im letzten runden Tisch seien gemeinsame Streifen von Polizei und Ordnungsamt vereinbart worden, er habe aber noch keine gemeinsame Streife gesehen.

Herr Messing bestätigt, dass es diese noch nicht gegeben habe, weil bei der Polizei keine Kapazitäten vorhanden seien.

Herr Spengler regt an, wie von Herrn Althoff vorgeschlagen, zuerst eine Analyse zu erarbeiten und dann weiter zu sehen.

Frau Ebel appelliert, Vertrauen in die bislang aufgebauten Kräfte zu setzen und dem was man hat, mehr zu vertrauen. Herr Althoff höre sich an wie ein guter Berater, dieses Potential sollte genutzt werden. Eine Analyse sollte erstellt werden, aber keine Ordnungspartnerschaft eingegangen werden, um keinen falschen Zungenschlag hinein zu bekommen. Außerdem müsse u. a. das Jugendamt beteiligt werden, man könne nicht allein anfangen zu überlegen wie man Recht und Ordnung sicherstelle. Das müsse in einem größeren Zusammenhang gesehen werden.

Herr Messing hält es für zwingend erforderlich, Herrn Althoff in den runden Tisch gegen Gewalt zu integrieren. Herr Althoff sollte dort sein Konzept vorstellen.

Herr Handwerk stellt heraus, dass die hier diskutierte Sache es verdiene analysiert zu werden. Er appelliere an die CDU-Fraktion ihren Antrag nicht mit ihrer Mehrheit durchzudrücken, sondern zunächst die Erstellung einer Analyse abzuwarten.

Herr Fehmer erklärt, dass er für die Erstellung einer Analyse sei, aber mit

der Zielvorgabe, die von Herrn Althoff formulierten Aktivitäten umzusetzen und Herrn Althoff in den Runden Tisch zu integrieren. Er wolle ein klares Zeichen setzen, weil es notwendig ist, präventiv tätig zu werden. Dies sehe er als Antrag, außerdem stelle er den Antrag auf Abstimmung.

Beschluss:

Bevor der IBP ein Stadtwächter-Konzept erarbeitet, wird gemeinsam mit der Verwaltung eine Analyse der jetzigen Situation erfolgen. Die genaue Situationsbeschreibung soll durch den Runden Tisch gegen Gewalt erfolgen, in dessen Arbeit der IBP einbezogen werden soll.

Stimmabgabe: 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen.

3. **Bereisung der städt. Kinderspielplätze per Fahrrad durch die Mitglieder des Jugend-, Familien-, Senioren und Kulturausschusses**
Vor der Beratung im Kultursaal der Alten Landwirtschaftsschule besichtigt der Ausschuss die nachstehend aufgeführten Kinderspielplätze:

Johannis-Grundschule

Hier wird festgestellt, dass im Bereich der Holzhütte eine Sprosse des Holzgerüsts morsch ist.

Frau Köhler regt an, Hängematten zu installieren.

Eine Vertreterin der OGS würde es begrüßen, wenn ein Klettergerät aufgestellt würde, weil die Kinder häufig in die Bäume kletterten. Außerdem würden die Kinder Reckstangen vermissen.

Abschließend wird festgelegt, dass in Abstimmung mit der Schulleitung ein zusätzliches Gerät für ältere Grundschulkinder aufgestellt werden soll.

Alter Sportplatz

Hier müssen die Pfosten des Holzgerüsts überprüft werden auf hervorstehende Holzsplitter, die dann zu entfernen sind.

Herr Erfmann weist darauf hin, dass er gerne das Trampolin entfernen würde, weil der Fallschutz immer wieder weg klappe und außerdem regelmäßig der Sand unter dem Trampolin entfernt werden müsse.

Herr Walbaum weist auf fehlende Federn am Trampolin hin.

Frau Nattler erläutert, dass das Trampolin eigentlich ein Bewegungsspiel für mehrere Kinder sei und der Platz hier nicht ausreiche.

Es wird überlegt, das Trampolin an der Johannis-Grundschule aufzustellen.

Bevor das Trampolin entfernt wird, ist mit den Nachbarschaftsvertretern Kontakt aufzunehmen.

Ein neues Spielgerät soll nicht aufgestellt werden, weil der Platz eng be-

messen ist.

Johannisstraße

Eine Anliegerin regt an, eine Schaukel weg zu nehmen und dafür ein Kombi-Klettergerüst für kleinere Kinder aufzustellen.

Es wird festgestellt, dass eine Schaukel quietscht und die Schrauben an den Gelenken nachgezogen werden müssen.

Die Ausschussmitglieder stellen fest, dass hier Spielgeräte für kleinere Kinder fehlen. Es wird vereinbart, die zweite Schaukel stehen zu lassen. Die Bank soll versetzt werden, so dass Platz für ein neues Klettergerüst für kleinere Kinder entsteht.

Außerdem soll ein Sandkasten mit Bagger angelegt werden.

Die Geräteanschaffungen können nur aus dem laufenden Unterhaltungskonto bezahlt werden, so dass nicht sichergestellt werden kann, dass in diesem Jahr alle Wünsche umgesetzt werden können.

Kapellenplatz

Herr Erfmann weist darauf hin, dass die Rutsche neben der Hecke ungünstig stehe, diese sollte entfernt und auf einem anderen Spielplatz aufgestellt werden.

Hiermit sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Frau Dirks schlägt vor, diesen Spielplatz mittelfristig zum Mehrgenerationenplatz umzugestalten. Dieser Vorschlag wird positiv aufgenommen.

Da der Platz auch häufig von Kindern der Kunden des Modehauses Bruns genutzt wird, wird eine finanzielle Beteiligung seitens des Modehauses Bruns angesprochen.

Herr Erfmann weist darauf hin, dass die gesamte Zaunanlage dringend erneuert werden muss.

Herr Kortmann macht darauf aufmerksam, dass die Rinde der Kastanie mit der Nr. 1807 beschädigt ist.

Frau Köhler regt an, im Bereich der Tischtennisplatte Erde aufzufüllen.

Herr Erfmann hält fest, dass für den Rest des Jahres noch eine Sitzbank aufgestellt wird. Danach könnte der gesamte Platz im Hinblick auf einen Mehrgenerationenplatz überplant werden.

Am Wüllen

Ein Anwohner beschwert sich massiv über die nach seiner Meinung unerträglichen Lärmimmissionen, die vom neu gestalteten Spielplatz insbesondere in den späten Abendstunden ausgehen. Häufig kämen um 21:00 Uhr noch Ausländerfamilien mit ihren Kindern auf den Spielplatz. Mehrmals habe er nachts die Polizei rufen müssen.

Der unerträgliche Lärm führe dazu, dass er sich auf seinem angrenzenden Grundstück nicht mehr erholen könne. Er schlägt vor, einen Lärmschutz anzubringen, bei dem er sich finanziell beteiligen wolle und Öffnungszeiten festzusetzen.

Frau Dirks spricht sich gegen Öffnungszeiten auf einem Spielplatz aus. Schilder würden nicht zur Lösung des Problems beitragen. Sie weist den Anlieger darauf hin, dass er tagsüber mit dem Lärm leben müsse, selbstverständlich müsse aber dafür gesorgt werden, dass ab 22:00 Uhr Ruhe herrsche.

Frau Köhler schlägt vor, herauszufinden, welche Familien sich abends auf dem Spielplatz aufhalten und diese persönlich anzusprechen. Ihnen könnte z. B. eine Liste aller Spielplätze an die Hand gegeben werden, damit dieser Spielplatz entlastet wird. Man sollte nicht gleich mit der Ordnungskeule kommen.

Frau Dirks schlägt als erste Maßnahme zur Lösung des Problems vor, die Sitzgruppe zu entfernen, die unmittelbar neben dem Grundstück des Anwohners steht und dafür an anderer Stelle des Spielplatzes eine einzelne Bank aufzustellen. Außerdem werde sie dafür sorgen, dass das Ordnungsamt Kontrollen durchführt und eine einvernehmliche Regelung angestrebt wird. Zudem werde der Streetworker dort eingesetzt.

Herr Kortmann weist darauf hin, dass sich ein unmittelbar angrenzender Anwohner mehrmals über Unrat und Unkraut auf seinem Grundstück beschwert habe. Die Stadt würde die Hecke zwischen Spielplatz und seinem Grundstück nicht ausreichend pflegen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass jeder für die Pflege seines Privatgrundstückes selbst verantwortlich sei.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass sich die Stadt gekümmert und das Notwendigste gemacht habe. Die Bauhofmitarbeiter pflegten aber nicht die privaten Grundstücke.

Abschließend berichtet Herr Erfmann über die Erledigung der Maßnahmen, die aufgrund der letztjährigen Spielplatzbereisung festgelegt wurden.

Bei der Beratung im Kultursaal fasst die stellv. Vorsitzende Frau Köhler noch einmal das Ergebnis der Spielplatzbereisung zusammen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Ergebnisse der Spielplatzbereisung sind im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel umzusetzen.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Mitteilungen

4.1. Familienferienprogramm - Herr Struffert

Herr Struffert verweist auf das allen Ausschussmitgliedern vorliegende Familienferienprogramm 2009, das ab heute verteilt werde.

4.2. Zukunftswerkstatt am 27. Juni 2009 - Herr Struffert

Herr Struffert weist auf die am Samstag stattfindende erste Zukunftswerkstatt hin. Die Fraktionsvorsitzenden seien herzlich eingeladen ab 16:00 Uhr vorbei zu schauen.

4.3. Personalangelegenheit - Herr Böing/Herr Messing

Herr Böing berichtet, dass sein Vertrag zwar bis 2010 laufe, er sich aber entschieden habe, im September ein Studium aufzunehmen. Er wolle Priester werden.

Herr Messing ergänzt, dass im HFA beschlossen wurde, die Stelle (befristet bis zum 31.12.2011) am kommenden Wochenende auszuschreiben.

5. Anfragen

5.1. Weggang des Herrn Böing - Herr Fehmer

Herr Fehmer bedankt sich bei Herrn Böing für die gute geleistete Arbeit, bringt aber auch sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass er Billerbeck verlässt. Gerade vor dem Hintergrund der für die Jugendarbeit so wichtigen Kontinuität sei diese Entscheidung für Billerbeck sehr schade. . Dennoch akzeptiere er die persönliche Entscheidung und hoffe, dass der nachfolgende Stelleninhaber länger bleibe.

Herr Schulze Thier befragt Herrn Böing, was er seinem Nachfolger und der Stadt mit auf den Weg geben würde.

Herr Böing hofft, dass weiterhin Vertrauen aufgebaut werden kann. Er werde nicht komplett weg sein, sondern werde den neuen Mitarbeiter ehrenamtlich unterstützen.

5.2. Defekte Bank im Dreitelkamp - Herr Spengler

Herr Spengler weist auf eine defekte Bank im Dreitelkamp hin, die entfernt werden müsste. Dies habe er einem leitenden Mitarbeiter der Verwaltung bereits anlässlich der Europawahl mitgeteilt. Bis heute habe sich aber nichts getan.

Verwaltungsseitig wird Überprüfung zugesagt.

5.3. Vorstellung des Kulturprogramms - Herr Handwerk

Herr Handwerk erkundigt sich, wann das Kulturprogramm im Ausschuss vorgestellt werde.

Herr Messing teilt mit, dass dies in der Herbst-Sitzung der Fall sein werde.

5.4. Entfernen eines Papierkorbes am Berkelwanderweg - Herr Kleideiter

Herr Kleideiter weist darauf hin, dass aufgrund von Vandalismus ein Papierkorb entfernt wurde und fragt nach, ob ein neuer aufgestellt werde.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu. Es solle aber insgesamt im Hinblick auf das Projekt „Berkelspaziergang“ überlegt werden, ob der ein oder andere Abfallbehälter wieder aufgestellt wird.

5.5. Einladung zur Zukunftswerkstatt - Herr Schulze Thier

Herr Schulze Thier moniert die späte Einladung zur Zukunftswerkstatt. Außerdem hätte man sich am gleichen Tag als die Einladung zugeht, bereits anmelden sollen.

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass die Einladungen schon vor einiger Zeit versandt wurden, lediglich die Einladungen an die Fraktionsvorsitzenden seien erst kürzlich heraus gegangen. Der Termin sei aber lange bekannt gewesen.

5.6. Öffnung der Sporthallen in den Ferien - Herr Fehmer

Herr Fehmer regt an, über eine Öffnung der Sporthallen in den Ferien nachzudenken.

Herr Messing teilt mit, dass die Sporthallen nur in den Sommerferien geschlossen werden, wobei die Realschulturnhalle und die Zweifachturnhalle in den letzten 14 Tagen der Ferien bereits wieder genutzt werden können, damit sich die Gruppen auf die Meisterschaften vorbereiten können. In der Vergangenheit sei keine Gruppe oder Institution mit der Bitte um Nutzung der Hallen in den Sommerferien auf die Verwaltung zugekommen.

Wenn kein Bedarf vorhanden sei, müssten die Hallen auch nicht geöffnet werden, so Herr Fehmer.

Margarete Köhler
Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann
Schriftführerin